

Umweltschutz und politischer Wandel = la protection de l'environnement et l'évolution politique

Autor(en): **Jost, Ruedi**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Das Werk : Architektur und Kunst = L'oeuvre : architecture et art**

Band (Jahr): **61 (1974)**

Heft 5: **Umweltschutz - Raumplanung = Protection de l'environnement - aménagement du territoire**

PDF erstellt am: **10.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-87732>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Umweltschutz und politischer Wandel

VON RUEDI JOST

Von der Symptom- zur Präventivtherapie

Seit Anfang der Nachkriegszeit wird in immer grösserem Umfange Umweltschutz betrieben. Er galt und gilt noch heute als technische Korrekturmassnahme, um die Folgen des Wachstums, der Verschwendung und eines naiven Optimismus zu entschärfen, und schuf die Voraussetzungen für die Steigerung einer immer weitergehenden Umweltzerstörung.

Die Nachkriegszeit zeichnete sich vor allem durch ein unpolitisches Selbstverständnis aus und endete 1968 durch die

Jugendrevolte. Aus der gleichen Zeit stammten die ersten Hochrechnungen, die, was Wunder, ein baldiges Ende der Ressourcen ankündigten. Wachstum, Verschwendung und der damit verbundene naive Optimismus gerieten bald unter immer heftigere Kritik. Der praktizierte Umweltschutz erwies sich als Symptomtherapie, als Politikersatz. Man suchte Zuflucht in halbwegs therapeutischen und halbwegs radikalen überfallartigen Kurzschlüssen.

Die Geschichte des Umweltschutzes ist jung. Sie beginnt beim Wasser. «Sterbende Gewässer» und Kraftwerkbauten lösten in der Schweiz die ersten sogenannten Umweltdebatten aus. 1953 wurde von Volk und Ständen der Gewässerschutz verfassungsrechtlich verankert. Aber konkret wurde damals noch anders entschieden. So blieb 1954 die Rheinau-Initiative auf der Strecke. Auch akzeptierte noch 1958 eine eidgenössische Volksabstimmung die Nutzbarmachung des Spöls und ermöglichte damit den Bau eines Kraftwerks im unantastbaren Nationalpark. Das alles war geschehen, bevor man in diesem Zusammenhang von Umwelt zu sprechen begann. Man nannte das damals noch Naturschutz.

Welche Werkbundpolitik im Zeichen der Umwelt?

Auch der Werkbund bezog in dieser Zeit die Natur noch nicht in seinen Umweltbegriff mit ein. So lesen wir zum Fünfzig-Jahr-Jubiläum des Schweizerischen Werkbundes in der Schrift «50 Jahre Schweizerischer Werkbund» von Georg Schmidt:

«Gegenstand der Bemühungen des Werkbundes ist die gesamte gegenständliche Umwelt des Menschen: angefangen beim beweglichen Hausrat bis zu Wohnhaus, Garten, Schule, Büro, Siedlung, Friedhof, ferner Typografie, Grafik, Fotografie, und all das unter dem einen strengen Begriff der ‚Qualität‘.»

Der Umweltbegriff des Werkbundes entspricht dem klassischen, bereits 170 Jahre alten Verständnis, das damit den «engen Kreis des Alltagslebens» meinte. Der Werkbund macht also nicht erst seit kurzem «in Umwelt». Vielmehr ist ihm sein Begriff durch ein sich wandelndes Problembewusstsein durch die Finger geriselt, und er sieht sich nun veranlasst, sei-

nen alten Begriff zu überholen und vor allem auszuweiten: Dies nur zum Wandel der Werkbundpolitik im Zeichen der Umwelt.

Uns beschäftigen jedoch der Umweltschutz und der politische Wandel ganz allgemein. Hier stossen wir in den sechziger und den ersten siebenziger Jahren auf vier weitere eidgenössische Volksabstimmungen: 1962, 1969 und 1971 wurden in dieser Reihenfolge der Natur- und Heimatschutzartikel, der Boden- und Planungsartikel und der Umweltschutzartikel von Volk und Ständen in die Bundesverfassung aufgenommen. Dass in Volksabstimmungen immer nur relativ harmlose Proklamationen akzeptiert wurden, beweist, dass 1967 die Bodenspekulationsinitiative, die den Gemeinden das Vorkaufsrecht gebracht hätte, aus eigentumsideologischen Gründen stark verworfen wurde.

Fünf Thesen zum Umweltschutz

Während so schöne Bekenntnisse über Umweltschutz billig zu haben waren, nahm die Umweltzerstörung immer deutlichere Formen an, und sie offenbarte immer stärker den tiefen Graben zwischen theoretischer Erkenntnis und praktizierter Politik. Daraus sei eine erste These formuliert:

Der politische Wandel, der sich aus der Umweltkrise ergeben hatte, war anfangs nur theoretischer Art und vermochte nicht in die politische Praxis vorzudringen.

Dagegen wäre nun einzuwenden, dass seit den fünfziger Jahren noch und noch Klär- und Kehrlichtverwertungsanlagen gebaut wurden und immer noch werden. In der Tat hat sich in wenigen Jahren eine ganze «Saubermacher»-Industrie entwickelt, die bestens floriert. Jeder, der sein Geld gut anlegen will, tut gut daran, an

diese zukunftsträchtige Industrie zu denken. Dieser Tatbestand macht etwas anderes offenbar, was hier in einer zweiten These festgehalten sei:

In der Praxis hat die Umweltkrise eine neue Industrie geschaffen, von der Kläranlage bis zur Giftstoffverwertung, vom Oropax bis zum Sauerstoffautomaten, die symptomtherapeutisch immer wieder die schlimmsten Auswüchse korrigiert, so dass sich keine grundsätzliche Änderung des menschlichen Verhaltens aufdrängt.

Praktisch bedeutet das, dass munter weitergemacht werden konnte. Dem entspricht auch die eingebürgerte Planungsmethodik, die nach einer These von Lucius Burckhardt auf dem Glauben beruht, dass sich gesellschaftliche Probleme durch Bauten lösen liessen.

Eine gute Illustration von Burckhardts These liefern die sogenannten Teilleitbilder der Landesplanerischen Leitbilder des ORL-Instituts. Dort erschöpft sich beispielsweise das Teilleitbild «Gesundheit» in einer Spitalplanung und müsste eigentlich seiner Natur nach Teilleitbild «Krankheit» genannt werden. Ähnlich geht es auch den übrigen Teilleitbildern; wenn schon kein Bauwerk herauschaut, so reicht es mindestens doch für eine Zone. In der Bestätigung von Burckhardts These fehlt dafür im ersten Zwischenbericht der Landesplanerischen Leitbilder, in dem fünfzehn Teilleitbilder vorgestellt werden, das vorgesehen gewesene Teilleitbild «Staatspolitik», das erst vor kurzem mit drei Jahren Verspätung publiziert worden ist.

Begreiflicherweise liess sich die persönliche Schlussfolgerung des politologischen Bearbeiters Werner Geissberger nicht in die Leitbildarbeit integrieren. Geissbergers Schlussfolgerung lautet nämlich:

«Wenn wir politisches Planen als einen Pro-

zess begreifen, ein siedlungspolitisches Leitbild demnach kein stabiles Gebilde sein kann, dann wird die Frage nach dem ‚staatspolitischen Leitbild‘ zu einer Frage nach der inneren Struktur des politischen Systems, nach seiner Lernfähigkeit, nach seiner Kreativität, nach seiner Begegnung, durch neue Kombinationen aus ökonomischen Kräften, Informationsverarbeitung und Informationsspeicherung qualitative Verbesserung zu erzielen und operative Reserven bereitzustellen».

Die These, die wir aus dieser Sachlage ziehen können, lautet:

Planung allgemein und die Korrektur offensichtlicher Umweltzerstörung (Umweltschutz) sind inzwischen zu einem eigentlichen Politikersatz geworden.

Dieser pragmatische Politik-Ersatz nagt und zersetzt nun in sehr nachhaltiger Weise die überkommenen politischen Ideologien und versichert die Politiker so, dass diese immer mehr ihre Zuflucht bei Gutachtern und Experten suchen müssen. In wenigen Jahren haben sich heiligste Glaubensbekenntnisse der Nachkriegsjahre zu muffigen Theaterkulissen gewandelt.

So ist das Glaubensbekenntnis zum schwachen liberalen Nachwachstumsstaat und zum freien Markt der immer eindeutiger festzustellenden Praxis des starken Staates gewichen. Der Bundesrat sieht sich immer öfters gezwungen, mit dringlichen Massnahmen zu regieren, oder anders gesagt: das Planungsinstrument,

genannt Trendextrapolation, das im Zeichen des Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstums ja nichts anderes als Notstände zu offenbaren vermag, die irgend einmal nicht mehr symptomtherapeutisch kuriert werden können, zwingt den Staat kurzfristig zu dirigistischen Einzelmassnahmen, ohne dass diese jedoch auf ein politisches Konzept abgestimmt wären.

Der Bundesrat sieht sich durch die Sachzwänge veranlasst, Bau- und Abbruchverbote, dringliche Massnahmen zur Freihaltung bedrohter Gebiete oder Sonntagsfahrverbote zu erlassen.

Spätestens seit den Studien Forrester und Meadows ist jedoch klargeworden, dass an die Stelle des symptomtherapeutischen Umweltschutzes eine eigentliche Politik des Überlebens treten müsste. Ansätze sind allenthalben vorhanden und manifestieren sich gerne in den Protesten und Alternativen ausserparlamentarischer Bürgerinitiativen und Volksbewegungen. Nostalgisch gesehen handelt es sich hier um eine Wiedergeburt der syndikalistischen direkten Aktion.

Dementsprechend sei eine vierte These formuliert:

Der sich unpolitisch wählende symptomtherapeutische Politikersatz artet mehr und mehr nach dirigistischen Kurzschlüssen. Als solche sind sie halb Symptomtherapie. Zur andern Hälfte sind sie radikal und versuchen an die Wurzel des Übels zu kommen. Die reinen Symptom-

therapien aber geraten immer stärker unter den Beschuss direkter Bürgeraktionen.

Während die Politiker beim Technokraten-Establishment Hilfe suchen und auch finden, greift nun ein schöner Teil des Technokratenwachstums selber in die Politik ein: so wenn er Politik von Generalunternehmungen untersucht und Namen nennt oder indem er in Parteien eintritt oder Basisgruppen gründet, politisch zu agitieren beginnt und in Abstimmungen eingreift.

Gemein ist diesem Technokratenwachstum, dass er den Glauben an die Wertfreiheit der Technologie, also die wissenschaftliche Unschuld, verloren hat. Dabei legt er sich auf neue, meist wiederentdeckte, bisher verfeimte Ideologien fest und verwendet nun sein technologisches Instrumentarium aus dieser neuen Sicht.

Aus diesem Tatbestand sei nun eine fünfte und letzte These formuliert:

Ein nicht unbedeutender Teil des Technokratenwachstums beginnt nun seine wissenschaftliche Unschuld zu verlieren, wird radikal und beginnt sich nach politischen Ideologien zu orientieren und greift in immer grösserem Ausmass direkt in die Politik ein.

Dabei drängt sich aber auch eine weitere Wandlung des Umweltbegriffs auf. ■

La protection de l'environnement et l'évolution politique

Des symptômes et de la thérapie préventive

La protection de l'environnement se pratique de plus en plus depuis le début de l'après-guerre. On la prenait et on la prend encore pour une mesure correctrice propre à minimiser les suites de la croissance, du gaspillage et d'un optimisme plus que naïf, et elle créa simultanément les bases d'une destruction foisonnante et continue de l'environnement.

L'après-guerre se signale surtout par une connaissance apolitique de soi-même qui se termina, en 1968, par la révolte des jeunes. C'est de cette époque que datent les premières extrapolations annonçant la fin prochaine des ressources.

L'histoire de la protection de l'environnement est jeune. Elle commence par l'eau. Les «eaux mourantes» et la construction de centrales nucléaires déclenchèrent les premiers débats sur l'environnement en Suisse. Le peuple et les Etats ancrèrent la protection des eaux dans la Constitution en 1953. Puis le peuple et les Etats introduisirent les articles sur l'aménagement du territoire et sur la protection de l'environnement dans la constitution fédérale en 1962, 1969 et 1971 respectivement.

Cinq thèses touchant la protection de l'environnement

Alors que de si belles professions de foi en la protection de l'environnement s'obtenaient bon marché, la destruction de ce même environnement prenait des formes de plus en plus manifestes et dévoilait visiblement le profond fossé séparant la connaissance théorique et la politique suivie. Nous en déduisons une première thèse:

L'évolution politique résultant de la crise de l'environnement n'était que théorique à ses débuts et ne parvint pas à progresser dans la pratique.

On pourrait évidemment répliquer que des stations de clarification d'eaux usées et des installations de récupération d'ordures ont été construites l'une après l'autre depuis les années 50 et qu'on en construit encore de nos jours. Il s'est en effet développé en peu d'années une véritable «industrie de la propreté» et cette industrie connaît un essor formidable. Cet état de choses révèle un autre aspect que nous voulons formuler dans une deuxième thèse:

La crise de l'environnement a créé une nouvelle industrie qui va de la station d'épuration des eaux usées à la récupération des produits toxiques et de l'Oropax au distributeur automatique d'oxygène, une industrie qui corrige thérapeutiquement les pires excès si bien qu'une modification essentielle du comportement humain ne s'est pas encore imposée.

Cela signifie en clair qu'on a tout bonnement continué à agir comme auparavant. A cela correspond la méthode bien connue de planification qui se base, à l'avis de Lucius Burckhardt, sur la croyance que les problèmes sociaux de l'Homme trouvent leur solution dans le bâtiment.

L'opinion de Burckhardt est illustrée par les modèles dits partiels des modèles de planification nationale de l'Institut pour l'aménagement local, régional et national. Le modèle partiel «Santé» par exemple se limite à un projet d'hôpital et devrait, selon sa nature, s'appeler modèle «mala-

die». Le modèle partiel «politique d'Etat», qui vient d'être publié avec trois ans de retard, manque dans le rapport intermédiaire des modèles de planification nationale.

Il est évident que les conclusions personnelles du responsable politologique, M. Werner Geissberger, ne purent être intégrées à l'ouvrage sur les modèles. La conclusion de Werner Geissberger en donne d'ailleurs la raison:

«Si nous prenons la planification politique pour un processus, si donc un modèle de politique d'aménagement ne peut être un organisme stable, la question du «modèle de politique d'Etat» devient un problème de structure interne du système politique, un problème de faculté d'apprendre, un problème de créativité et de disposition à obtenir des améliorations qualitatives par de nouvelles combinaisons des forces économiques, du traitement et du stockage des informations et à offrir des réserves opératives.»

La thèse que nous déduisons de cet état de choses dit: La planification en général et la correction de la destruction manifeste de l'environnement (protection de celui-ci) sont devenues de véritables alibis politiques.

Ce rongeur d'alibi politique et pragmatique décompose tenacement les idéologies politiques traditionnelles; il ravit toute la certitude des politiciens; ces derniers font de plus en plus appel aux spécialistes et aux experts. L'instrument de planification appelé extrapolation des tendances ne peut que rendre manifestes les états d'urgence dans le cadre de l'explosion de la population et de l'économie, les symptômes de ces états d'urgence ne pouvant plus être traités thérapeutiquement, cet instrument de planification force l'Etat à prendre

des mesures dirigistes à court terme, sans que ces mesures soient mises au diapason d'un programme politique quelconque.

C'est depuis les études de Forrester et de Meadows au plus tard qu'il est devenu clair qu'une politique de survie devait remplacer la protection de l'environnement par la thérapie de ses symptômes. Des tentatives se manifestent dans les propositions et les alternatives des initiatives bourgeoises et des mouvements populaires extra-parlementaires. Nous formulons la quatrième thèse en conséquence:

L'alibi politique traitant les symptômes, qui se veut apolitique, dégénère de plus en plus en circuits dirigistes: ils sont par moitié une thérapie des symptômes. Pour l'autre moitié, ils sont radicaux et tentent d'arriver aux racines du mal. Les pures thérapies des symptômes se meuvent toujours plus dans la ligne de tir des actions bourgeoises.

Alors que les politiciens cherchent et trouvent appui dans la société des technocrates, une grande partie des jeunes technocrates se mêlent à la politique.

Ce qui nous amène à formuler la cinquième et dernière thèse: Une part importante de la nouvelle génération de technocrates commence à perdre son innocence scientifique, devient radicale, tend à s'orienter d'après des idéologies politiques et intervient de plus en plus directement dans la politique.

A cet effet, une nouvelle évolution de la notion de protection de l'environnement s'impose également. *Traduction en français: Jeanpierre Bendel* ■

